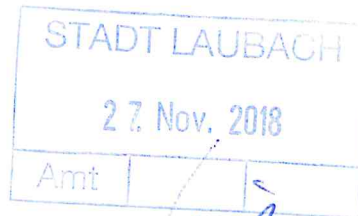


Fraktion der Freien Wähler  
in der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Laubach

Laubach, den 25.11.2018

Herrn Stadtverordnetenvorsteher Kühn  
Rathaus

35321 Laubach



1. Kleinstenij zusammen
2. Kopie an  
Vor. HZFA
3. TOP für  
Mädels StVO

## Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Sehr geehrter Herr Kühn,

die Fraktion der Freien Wähler bittet Sie, nachfolgenden Antrag – falls nötig mit Dringlichkeit - auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember zu setzen.

### Beschlussantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1) Die Straßenbeitragssatzung der Stadt Laubach wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.
- 2) Eine Erhebung findet auch für das laufende Verfahren der Sanierung der Ortsdurchfahrt Gonterskirchen nicht statt.
- 3) Der Magistrat legt den Stadtverordneten bis zur nächsten Ausschusssrunde und der Haushaltsberatung 2019 eine Berechnung vor, aus der hervorgeht
  - a. welche Straßenbeiträge in den letzten 10 Jahren bis einschließlich (2006-2016) erhoben wurden und wie hoch der Jahresdurchschnittswert war.
  - b. um wieviel Punkte der Hebesatz der Grundsteuer B angehoben werden müsste, um diesen Betrag auszugleichen.
  - c. wie hoch die durchschnittliche Mehrbelastung für Grundsteuer-Zahler im Jahr dadurch wäre.
- 4) Um diesen Durchschnittsbetrag der letzten Jahre wird die Grundsteuer B ab 2019 angehoben, sollte die neue Landesregierung die Kostenerstattung für Kommunen nicht in ihr Regierungsprogramm aufgenommen haben.

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung hatte auf FW-Antrag vom 7. März 2018 mehrheitlich beschlossen:

*„Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich mit aller Kraft bei der Regierung des Landes Hessen und den kommunalen Spitzenverbänden dafür einzusetzen, dass die Straßenausbaubeiträge künftig auch in Hessen abgeschafft werden und den Kommunen ein entsprechender Finanzausgleich dafür zukommt, die Aufgabe der Straßensanierung über allgemeine Steuermittel zu finanzieren.“*

Inzwischen hat der landesweite Protest gegen die ungerechten Straßenausbaubeiträge dazu geführt, dass Kommunen die Beiträge immerhin abschaffen DÜRFEN, ohne Gefahr zu laufen, an anderer Stelle (Zuschüsse des Landes) benachteiligt zu werden.

Die zweite Forderung nach Erstattung der Straßenbaukosten durch das Land war Thema im Landtagswahlkampf. Ob es Eingang erfährt in das Regierungsprogramm der neuen Landesregierung steht noch nicht fest.

Da im Zuge des geplanten Ausbaus der Ortsdurchfahrt Gonterskirchen den Bürgern jetzt die Pläne und finanziellen Auswirkungen vorgestellt wurden, besteht aktuell für die Laubacher Politik Anlass Klarheit zu schaffen.

Die Freien Wähler wollen eindeutig die Abschaffung dieser Beiträge, die unverhältnismäßig stark einzelne Bürger treffen, zumal der Nutzungsgrad der Straße vielfach nicht mit dem Faktor der Kostenübernahme übereinstimmt.

Die Erhaltung und Erneuerung von Straßen, die von allen benutzt werden, ist eine gesamtstaatliche Aufgabe und müsste vom Land getragen werden.

Ist das Land dazu nicht bereit, müssen die Kosten aus allgemeinen Steuereinnahmen finanziert werden. Auf kommunaler Ebene ist die Grundsteuer B die faireste Umlegungsmöglichkeit, weil alle Bürger - Eigentümer und Mieter – belastet werden.

Die FW lehnen die alternative Methode der wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge ab, weil damit ein hoher Erst- und laufender Verwaltungsaufwand (z.B. Erhebung und Umlage ortsteilbezogen) verbunden wären.

  
(Oiswald)  
stv. Fraktionsvorsitzender

